Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 23. 05. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 16/4716 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. Dezember 2003 über Politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Costa Rica, der Republik El Salvador, der Republik Guatemala, der Republik Honduras, der Republik Nicaragua und der Republik Panama andererseits

A. Problem

Entsprechend den Erklärungen des Madrider Gipfeltreffens zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik vom 17. Mai 2002 bedarf es einer Intensivierung und Ausweitung dieses Kooperationsprogramms, um die Voraussetzung für ein Assoziationsabkommen einschließlich des Freihandelsabkommens zu schließen. Das vorliegende Abkommen zur Erweiterung und Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Republiken Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama schafft die notwendigen Voraussetzungen.

B. Lösung

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4716 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 23. Mai 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg Berichterstatter

Marina Schuster Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln) Berichterstatterin

Lothar Mark Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Lothar Mark, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/4716** in seiner 91. Sitzung am 29. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Gesetzentwurf in seiner 37. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Gesetzentwurf in seiner 34. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Berlin, den 23. Mai 2007

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg Berichterstatter

Deficiliterstation

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter **Lothar Mark** Berichterstatter Marina Schuster Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln) Berichterstatterin

